

Zuletzt hatte Arafat Anfang Oktober 1988 der VR China einen Besuch abgestattet und hatte sich dabei erneut für die konstante Unterstützung des palästinensischen Kampfes durch Beijing bedankt. Arafat war sowohl von Parteichef Zhao Ziyang als auch von Staatspräsident Yang Shangkun empfangen worden. -we-

*** (6)
Erste Handelsdelegation Chinas in Israel**

Am 20. Oktober traf in Tel Aviv die erste (halboffizielle) Handelsdelegation der VR China ein. An der Spitze der Sieben-Mann-Delegation stand Luo Jinmin, der Leiter der "ITC Investing and Trading Co." in Brüssel, an der die chinesische Regierung einen 50%igen Anteil besitzt. Luo besitzt zwei Staatsangehörigkeiten, nämlich die chinesische und die belgische. Dadurch wird seine nationale Identität verschleiert - und Beijing kann jederzeit offizielle Handelsbeziehungen zu Israel abstreiten, zu dem es ja bekanntlich auch keine diplomatischen Beziehungen unterhält.

Die Delegation war vor allem interessiert an Elektronik, Computertechnologie und fortgeschrittener Medizin-ausrüstung.

Im Gegenzug hat das israelische Außenministerium seine Fühler nach Beijing ausgestreckt. Avraham Tamir, Abteilungsleiter im Ministerium, besuchte die VR China und verhandelte über die Einrichtung akademischer Zentren in beiden Ländern.

Handelsbeziehungen zwischen Israel und China gibt es seit langem, doch sie werden offiziell nicht zur Kenntnis genommen, sondern laufen über Hongkong und Singapur. 1986 über die bilaterale Handel bei rd. 300 Mio. US\$ gelegen haben. Die meisten israelischen Exporte bestehen aus militärischen und landwirtschaftlichen Ausrüstungsgütern sowie in Beratungsdiensten FT, 21.10.88). -we-

SÜDPAZIFIK

*** (7)
Ministerpräsident Li Peng auf Südpazifikreise**

Li Peng, der im April 1988 zum Ministerpräsidenten der VR China avancierte, trat am 10. November seine erste Auslandsreise als Regierungschef an, die ihn nach Thailand, Australien

und Neuseeland führte. Erste Station war Bangkok, wo vor allem die Kambodscha-Frage besprochen wurde. Vietnam solle seine Truppen aus Kambodscha so rasch wie möglich zurückziehen.

Die chinesische ASEAN-Politik beruhe, wie Li Peng betonte, auf vier Prinzipien: (1) friedliche Koexistenz, (2) kein Hegemonismus, (3) Gegenseitigkeit und gemeinsamer Nutzen bei den Wirtschaftsbeziehungen, (4) außenpolitische Unabhängigkeit und Selbständigkeit.

Bei einer Pressekonferenz am 13.11 nahm Li auch zu der Behauptung Stellung, daß China in Thailand ein Waffenlager aufbauen wolle. China exportiere zwar Waffen nach Thailand, doch nur in geringer Zahl. Was Thailand mit diesen Waffen anfangen, sei Sache der thailändischen Seite.

Die Propaganda Hanois hatte vorher wiederholt darauf hingewiesen, daß China mit seinem "Waffenlager" finstere Absichten in Richtung der "drei indochinesischen Staaten" verfolge. Der Plan eines solchen Lagers laufe den Wünschen der Völker in der Region sowie der gegenwärtigen Tendenz zum Dialog zuwider.

Was die Beziehungen Chinas zu Indonesien, Singapur und Brunei anbelangt, so sei die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen von chinesischer Seite her völlig unproblematisch. Es liege also an den drei Ländern, hier initiativ tätig zu werden. Die Beziehungen zwischen China und Singapur seien übrigens besonders freundschaftlich, obwohl sie nicht auf offizieller Ebene stattfänden (zwei Monate vorher hatte der Ministerpräsident von Singapur, Lee Kuan Yew, die VR China besucht und dabei bereits mit Li Peng Verhandlungen geführt).

In Australien nahm Li an den Feiern anlässlich des 200. Jahrestags der Gründung der ehemaligen Kolonie teil. Die Beziehungen zwischen Australien und Neuseeland sind unproblematisch. Es handelte sich hier also wirklich um einen "Freundschafts"-Besuch, was in der Tat auch immer wieder hervorgehoben wurde (XNA, 8.11.88).

Li betonte, daß China die Forderung der südpazifischen Länder nach Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und nach einer "Kernwaffenfreien Zone Südpazifik" unterstütze.

Warum der neue chinesische Ministerpräsident ausgerechnet den Südpazifik als Ziel seiner Jungfernenreise ausgewählt hat, bleibt sein Geheimnis. Es hätte dafür ganz gewiß wichtigere Ziele gegeben, z.B. Japan, die USA oder Westeuropa. -we-

Innenpolitik

*** (8)
Mehr Öffentlichkeit**

Mitte November bestätigte der Staatsrat der Volksrepublik China, daß in Zukunft ein Großteil der Bestimmungen nicht mehr geheim oder vertraulich für eine beschränkte Anzahl von Beamten verteilt würde, sondern daß diese Bestimmungen "von nun an öffentlich gedruckt und verteilt werden". Ferner werden "Bestimmungen, die das Verhältnis zu ausländischen Unternehmen und Geschäften betreffen, ebenfalls öffentlich gedruckt und in den Massenmedien veröffentlicht, um ausländischen Geschäftsleuten zu helfen, die chinesische Politik zu verstehen". In der Vergangenheit galten alle Bestimmungen des Staatsrats, die "auf Papier mit rotem Briefkopf herausgegeben wurden, als vertraulich". Die Veröffentlichung von Bestimmungen, "die von Chinas Ministerpräsident unterzeichnet sind, wird dazu beitragen, daß die Leute genau wissen, was man von ihnen will". Ein möglicher Grund für das neue Öffentlichkeitsbewußtsein mag darin liegen, es den Kadern der unteren und mittleren Ebene zu erschweren, zentrale Anordnungen in ihrem Sinn zu interpretieren. Dies geht indirekt aus den Aussagen des Stellvertretenden Direktors für Gesetzgebungsangelegenheiten des Staatsrats, Huang Shuhai, hervor, der bestätigte, daß "die legalen Rechte und Interessen damit klarer gemacht werden". (XNA, 18.11.88) -ma-

*** (9)
Mehr Meinungsäußerungen**

Nach Ansicht der Hongkonger Agentur Zhongguo Tongxun She ("Die Welle der ideologischen Emanzipation auf dem Festland steigt wieder an") ist 1988 das Jahr mit dem größten Maß an freien Meinungsäußerungen "seit Beginn der Reform und der Öffnungspo-

litik vor zehn Jahren" gewesen. Diese Tatsache gelte sowohl für offizielle Medien als auch für die Bereitschaft der Bevölkerung insgesamt, ihre Ansichten offen und kritisch zu äußern. Im Hinblick auf offizielle Aussagen ist nach Ansicht der Agentur vor allem zu vermerken, daß von mehreren Seiten "ein neues Verständnis des Kapitalismus und eine Neubewertung einiger der Schlußfolgerungen in den marxistisch-leninistischen Klassikern gefordert" wurde. Namentlich wird ein Artikel der GMRB vom 29. Februar erwähnt, der auf "einige Fehler in den Werken von Marx und Lenin hinwies und die Menschen aufforderte, ihren Mut zusammenzunehmen, um ein neues Verständnis des Kapitalismus zu gewinnen". Weiter wird auf die Aussagen des Präsidenten der Guangdong-Provinz Akademie für Sozialwissenschaften, Hong Lin, hingewiesen, der die "fortschrittliche Natur des Kapitalismus in vielerlei Hinsicht zugestand" und darüber hinaus "den Standpunkt 'Eine Welt, zwei Systeme' aufstellte". Vor allem könne die konventionelle marxistisch-leninistische Ansicht nicht aufrechterhalten werden, daß "der Sozialismus grundsätzlich im Gegensatz zum Kapitalismus steht und daß die beiden absolut unvereinbar sind". Während eines Seminars zur Reform und Öffnungspolitik vom August in Guangdong wurde ferner die bemerkenswerte These aufgestellt: "Da China die zwei 'Was-auch-immer' Mao Zedongs 1978 überwunden und den Weg für die Reformen, die während des letzten Jahrzehnts durchgeführt wurden, freigemacht hat, warum sollten wir da heute nicht Marxens 'Was-auch-immer' zur Seite legen?"

Zugleich kam von mehreren Seiten Kritik an der Tatsache auf, daß Stalin in China immer noch eine verhältnismäßig unangefochtene Position einnehme. Das stalinistische Modell stelle "das größte Hindernis für Chinas Reform" dar. "Es ist nicht länger angemessen, Portraits von Stalin an öffentlichen Plätzen in China aufzuhängen." Im Gegensatz zur ausgesprochenen Kritik an Stalin ist die Kritik an Mao Zedong immer noch "sehr gemäßigt und implizit, aber die Zeitung *Lilun Yu Shejian* ("Theorie und Praxis") veröffentlichte in ihrer 5. Ausgabe 1988 einen Artikel, der zu dem Ergebnis kam, "in theoretischer Hinsicht gibt es widersprüchliche Bemerkungen in Mao Zedongs Arbeit 'Über die Praxis'". Dieses Werk "ist als Klassiker seit vielen Jahren gepriesen worden". Wichti-

ger noch erscheint, daß eine Reihe von theoretischen Gelehrten "einige korrupte Phänomene, die in der herrschenden Partei existieren, tiefgründig kritisiert hat". So betonte Luo Haochi, Vizepräsident der Beijing Universität, während eines Seminars der Chinesischen Gesellschaft für Verwaltungsrecht: "Es ist nutzlos, nur die Überwachung durch die Massen zu betonen und nicht die Einschränkung der Macht durch die Mittel der Macht herauszustellen." Auch die Shanghai Zeitung *Shijie Jingji Daobao* ("Weltwirtschaftsreport") merkte an, daß "Schwarzmarktgeschäfte von Offiziellen nur ein Oberflächenphänomen sind und daß in der Tat die Saat des bürokratischen Kapitalismus in China aufgegangen ist". Von seiten der Führung der Kommunistischen Partei Chinas ist auf diese kritischen Anmerkungen bisher kaum reagiert worden. "Es erscheint möglich, daß das Festland sich in der ideologischen und theoretischen Sphäre weiter öffnen wird." (SWB, 1.12.88) -ma-

* (10)

Millionenstädte mit Provinzstatus?

Die chinesische Regierung berät z.Zt. darüber, ob "großen Städten mehr Entscheidungsbefugnis und Autonomie gegeben" werden soll, um "ihre Rolle zu stärken und die Barrieren zwischen den Provinzen für die wirtschaftliche Entwicklung niederzureißen". Diese Vorstellungen werden vor allem von wirtschaftlich orientierten Führern befürwortet, die es für sinnvoll halten, solche "außergewöhnlich großen Städte, die aus den Wirtschaftsplänen der Provinzen herausgenommen und direkt in das Programm des Staatsrats eingeschlossen worden sind", in Städte mit Provinzstatus umzuwandeln. In Frage kommen hierfür vor allem die Städte Chongqing, Dalian, Wuhan, Shenyang, Guangzhou, Harbin und Xi'an. Diese Städte gelten gegenwärtig bereits als "Städte mit getrenntem Plan". Sie stellen "Wirtschaftszentren" dar, die "eine zunehmend wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung und den Reformen des Landes spielen". Neben den oben genannten Städten gehören zur letzteren Kategorie seit 1987 auch die Städte Xiamen, Ningbo, Qingdao und Shenzhen. (XNA, 14.11.88) -ma-

* (11)

Wohnraumknappheit

Zur Zeit sind in Chinas Städten "mehr als 6 Mio. Familien auf der Wohnungswarteliste" registriert, da sie unter "unzumutbaren Bedingungen" leben. Nach Angaben der zuständigen Behörden beläuft sich der Wohnraum pro Kopf der städtischen Bevölkerung gegenwärtig auf durchschnittlich 6,1 qm, wobei sich der ärmste Teil der Bevölkerung mit einem Durchschnitt von weniger als 2 qm pro Kopf zufriedengeben muß. Dennoch muß festgestellt werden, daß der Wohnungsbau während der letzten zehn Jahre deutliche Fortschritte gemacht hat. 1978 belief sich der Durchschnitt pro Kopf der städtischen Bevölkerung noch auf 3,6 qm, wobei die Gesamtzahl der Stadtbewohner deutlich unter der heutigen Zahl lag. Insgesamt wurden seither 1,1 Mrd. qm Wohnraum fertiggestellt. Bis zum Jahr 2000 soll das Ziel von 8 qm je Kopf der städtischen Bevölkerung erreicht werden, was nach Ansicht der Behörden "zivilisierten Bedingungen" und "international anerkannten Standards" entspricht. Die Wohnungsbaubehörden befürchten jedoch, daß dieses Ziel nur schwer zu erreichen sein wird, da "363 Millionen Menschen, die im Zeitraum 1962-75 geboren wurden, im Heirats- und Mutterschaftsalter während der nächsten zwölf Jahre sein werden".

In den verschiedenen Millionenstädten Chinas werden zur Linderung der Wohnraumnot unterschiedliche Programme durchgeführt. "In Shanghai, Chinas industrieller Schlüsselmetropole, werden Wohnungen gebaut, bei denen 70% des Kapitals von den Bewohnereinheiten, 20% von der Stadtregierung und 10% von den Bewohnern selbst kommen." Dieses Programm zielt vor allem darauf ab, benachteiligte Haushalte, die einen Lebensraum von weniger als 2 qm pro Person haben, mit neuem Wohnraum auszustatten. Um die Wohnraumknappheit zu lösen, ist es nach Aussagen des Bauministeriums unerlässlich, von dem seit beinahe vierzig Jahren praktizierten System abzugehen, wonach "die Arbeitseinheiten für den Wohnraum ihrer Mitglieder verantwortlich sind". Dieses Verfahren muß durch "den Verkauf von Wohnraum an Einzelpersonen" ergänzt werden. Bereits 1987 war es im Rahmen des Baus von Eigentumswohnungen möglich, "4,623 Mio. qm an öffentlichem Wohnraum an Einzelpersonen zu verkaufen". (XNA, 19.11.88) -ma-

*(12)

Verkehrstote

Nach Angaben des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit wird in China "alle zehn Minuten eine Person in einem Verkehrsunfall getötet und eine weitere alle drei Minuten verletzt". Seit 1978 sind insgesamt mehr als 390.000 Menschen durch Verkehrsunfälle ums Leben gekommen. Alarmierend sei vor allem die Tatsache, daß die Todeszahl von Jahr zu Jahr steigt. 1978 lag sie bei 25.000; 1987 erreichte sie 53.000. Als Hauptursache für die steigende Zahl der Verkehrsunfälle, Verkehrsverletzten und Verkehrstoten wertet das Ministerium die steigende Verkehrsdichte. Während der letzten zehn Jahre ist die Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge im Durchschnitt um 15% gestiegen, während sich die Zahl der Straßenkilometer nur um durchschnittlich 2% erhöhte. Als weiterer Aspekt wird "der Mangel an Verkehrspolizisten" gesehen. "Die Hälfte der Unfälle geschieht auf ländlichen Straßen, auf denen es wenig Verkehrspolizei gibt." Bemerkenswert erscheint, daß das Ministerium "viele der Opfer verantwortlich machte, weil sie sich nicht an die Verkehrsregeln gehalten haben". (XNA, 5.11.88) -ma-

*(13)

Bevölkerungsprognose

Nach gegenwärtigen offiziellen Schätzungen wird Chinas Gesamtbevölkerung i.J. 2000 einen Stand von 1,27 Mrd. erreichen. Damit würde das Ziel, die Bevölkerung auf 1,2 Mrd. zu begrenzen, nicht erreicht. Die neue, nach oben korrigierte Prognose wurde von der Staatlichen Familienplanungskommission veröffentlicht. Die Kommission begründet die revidierte Prognose mit der Tatsache, daß das 1,2-Mrd.-Ziel "1980 vor der nationalen Bevölkerungszählung von 1982 aufgestellt worden war und daß es aller Wahrscheinlichkeit nach kein realistisches Bild unserer Bevölkerungssituation widerspiegelte". Die Kommission drängt darauf, 1990 eine erneute Volkszählung durchzuführen, um ein noch realistischeres "Bevölkerungsbild" aufstellen zu können.

Ferner wird zugestanden, daß trotz aller Erfolge der Familienplanungspolitik nur "32,3 Mio. Ehepaare sich freiwillig bereit erklärt haben, nur ein Kind zu haben, das sind 18% der verheirateten Frauen im schwanger-

schaftsfähigen Alter". In diesem Zusammenhang wird ferner betont, daß es sich bei der Ein-Kind-Politik um eine Überzeugungspolitik handle, was keineswegs bedeute, daß man "eine Ein-Kind-eine-Familie-Politik" erzwingen. "Wir verlangen nicht, daß alle schwangerschaftsfähigen Frauen nur ein Kind haben." (XNA, 2.11.88) -ma-

*(14)

Bevölkerungsproblem Beijing

Nach Angaben des Statistischen Amtes Beijing hat die Stadt Ende September 1988 eine offizielle Bevölkerungszahl von 9,957 Mio. erreicht. Sie ist damit auf das 2,4fache des Standes von 1949 gewachsen. Ferner muß zu der offiziellen Bevölkerungszahl "die bewegliche Bevölkerung" hinzugezählt werden. "Es ist eine Tatsache, daß die wirkliche Zahl die Zehn-Millionen-Grenze überschritten hat." Nach offiziellen Schätzungen "hat Beijing eine bewegliche Bevölkerung von rd. 1,2 Mio., von denen rd. 730.000 hier leben und körperliche Arbeit verrichten oder Kleinhandel betreiben". Während der siebziger Jahre hatten sich die Behörden konsequent darum bemüht, den Bevölkerungszug nach Beijing unter Kontrolle zu halten und den innerstädtischen Bevölkerungszuwachs durch eine straffe Familienplanung zu begrenzen. Während der achtziger Jahre erhöhte sich das Wachstum vor allem aufgrund von zugezogenen Personen wiederum deutlich. Die rein innerstädtische Wachstumsrate lag 1987 bei 1,19%. "Der schnelle Bevölkerungsanstieg hat zu großem Druck auf den Transport, Energie, Wasser, Wohnraum und Güter sowie Materialversorgung geführt." (XNA, 3.11.88) -ma-

*(15)

Wachsendes Generationsgefälle

Ein Untersuchungsbericht von Radio Changsha kommt zu dem Ergebnis, daß zwischen den chinesischen Generationen ein wachsendes Gefälle in der Lebensauffassung festzustellen ist. Als Beispiel wird die Geschichte eines Sekundarschulmädchens erwähnt, das einen Brief von einem Klassenkameraden erhalten hatte. Dieser Brief war dem Mädchen vom eigenen Vater ungeöffnet übergeben worden. "Der Vater hatte den Brief nicht zuerst geöffnet und gelesen, wie das viele chinesische Eltern tun." Bemerkenswert erscheint nicht so sehr die Tatsache, daß

chinesische Eltern sich traditionell berechtigt fühlen, Briefe ihrer Kinder zu öffnen, d.h., daß es nach überkommener Ansicht kein Recht auf eine Privat- bzw. Intimsphäre für Kinder in der Familie gibt. Wesentlich bedeutsamer ist die Tatsache, daß die meisten der befragten Oberschüler ein solches Recht wünschten und "nicht glücklich sind", wenn ihre Eltern diesen Wunsch nicht respektieren. Ferner heißt es: "Es ist ein Zeichen dafür, wie sehr sich das Generationsgefälle erweitert hat in dieser sich schnell wandelnden Gesellschaft, daß 90% der 600 Jugendlichen, die vor kurzem hinsichtlich ihrer Ansichten über ihre Eltern befragt wurden, sich darüber beschwerten, daß jene schlechte Vorbilder seien." Insbesondere wird hervorgehoben, daß "die Eltern wegen des Studiums zuviel Druck ausüben". Die "Kinder haben es satt, daß ihre Eltern ihnen ihre Ideen aufzwingen". Aus den Antworten der Jugendlichen geht ferner hervor, daß viele unter ihnen - "von der Romantik erfaßt oder vielleicht auch wegen zuviel Fernsehens" - es lieber hätten, wenn "ihre Mütter Schlagersängerinnen statt Hausfrauen oder Arbeiterinnen wären. Dann könnten sie Farbfernsehgeräte, Kühlschränke und Stereoanlagen für ihre Kinder als Preise gewinnen." Unter den Mädchen wurde vor allem bemängelt, daß "die Eltern die Brüder zu sehr bevorzugen".

Grundsätzlich wünschen sich die Jugendlichen ihre Eltern "aufmerksamer, demokratischer und verständnisvoller". Vor allem lehnen sie häufige Prügelstrafen ab. "Diese Art von Behandlung entfernt uns nur immer weiter von unseren Eltern." Darüber hinaus möchten die Jugendlichen nicht zu sehr in die Haushalts- und Familienarbeit eingespannt werden. Stichwort: "Ich möchte frei atmen und von Zeit zu Zeit Spaß haben." Die Veränderung in den Auffassungen des Lebens wurde auch in weiteren Fragen der Provinz Hunan bestätigt. Das Provinzinstitut für Familienziehung sieht den Hauptgrund in den veränderten Lebensumständen: "Die Jugendlichen haben heute einen wesentlich weiteren Ausblick als ihre Eltern, weil sie dem Fernsehen und den Massenmedien ausgesetzt sind... Aber die Erwachsenen können es schwierig finden, dies zu verstehen, und viele Eltern hängen noch streng an den alten Denkgewohnheiten und möchten ihre Kinder entsprechend formen." (XNA, 26.11.88) -ma-

***(16)
Vereinfachung der örtlichen Verwaltung**

1989 wird in der Volksrepublik China mit der "Vereinfachung der Regierungsverwaltung auf Provinz- und anderen örtlichen Ebenen begonnen". Diese Vereinfachung wird sich im wesentlichen nach den Erfahrungen richten, die "in diesem Jahr während der Vereinfachung des Staatsrats gewonnen wurden". Die Vereinfachungsmaßnahmen für die Arbeit des Staatsrats haben nach Auffassung des Ministeriums für Personal "die vorgesehene Ziele im großen und ganzen erreicht". Dies gelte vor allem für die "Dezentralisierung der Macht, die Anpassung der Institutionen und die Verminderung der Funktionärszahl".

Im Mittelpunkt der Vereinfachung der Regierungsverwaltung soll vor allem die seit langem beschworene "Trennung der Funktionen der Regierungseinrichtungen und der Unternehmen" stehen. Darüber hinaus geht es um eine exakte Aufgabenfestlegung für die "Arbeit der verschiedenen Regierungsabteilungen und die Einrichtung gesetzlicher Mechanismen zur Regulierung der Führungspositionen und der Zahl der Funktionäre". Hinsichtlich des Staatsrats ist die Zahl der Einrichtungen "bisher von ursprünglich 75 Ministerien und Kommissionen auf 44 verringert worden". Die Zahl der Kader wurde um knapp 10.000 verringert. Während einer nationalen Konferenz zu Personalangelegenheiten wurde von seiten des Personalministeriums bekanntgegeben, daß 1989 "die Vereinfachung auf Provinzebene abgeschlossen werden soll". Für die Kreis- und Stadtebene sind weitere drei bis vier Jahre vorgesehen. Die Vereinfachung der Regierungsverwaltung wird nicht als Einzelmaßnahme begriffen, sondern nach Auffassung der Konferenz ausdrücklich im Zusammenhang mit "der Reform der politischen und wirtschaftlichen Strukturen des Landes" gesehen. Insbesondere geht es also um die immer wieder betonte Trennung von "Partei und Regierung, von Regierungseinrichtungen und Unternehmen und sozialen Gruppen und um die Trennung von Zentral- und Ortsregierungen". Bemerkenswert erscheinen in diesem Zusammenhang Aussagen des Personalministeriums zum Verhältnis zwischen Zentral- und Provinzbehörden. Nach Auffassung des Personalministeriums "sollte die Zentralregierung gewisse Entscheidungsrechte nicht de-

zentralisieren, sondern vielmehr zentralisieren". Ebenfalls sollten die Regierungen unterhalb der Provinzebene "Selbstbestimmungsrechte zur Entwicklung der örtlichen Wirtschaft und anderer Unternehmungen erhalten". (XNA, 30.11.88) -ma-

***(17)
Sozialarbeit für Studenten**

Im Rahmen von Sozialarbeitsprogrammen, die Studenten dazu bringen sollen, "sich an die wirkliche Welt anzupassen", mußten die Beteiligten erfahren, daß eine große Lücke zwischen ihrem theoretischen Wissen und den praktischen Erfordernissen der Gesellschaft liegt. "Ein Universitätsstudent, der glaubte, er sei gut genug, um Ministerpräsident des Staatsrats zu sein, fand heraus, daß er nicht mal in der Lage war, die Tätigkeit eines stellvertretenden Sekretärs eines städtischen Jugendligakomitees während der letzten Sommerferien auszuüben." Andere Studenten, die wiederholt "Reden gehalten hatten, in denen sie die Regierung kritisierten", führten soziale Umfragen in "armen Dörfern der Provinz Shaanxi durch". Sie kamen zu der Erkenntnis: "Wenn das Land in einer schwierigen, ernsthaften Situation ist, ist es nicht sinnvoll, in den Universitäten Unruhe zu erzeugen. Der praktische Beitrag zur Entwicklung des Landes liegt darin, das zu nutzen, was wir gelernt haben und es praktisch anzuwenden." Chinesischen Studenten wird häufig ein hohes theoretisches Wissen und "hohe Selbstbewunderung, aber geringe Fähigkeit" bescheinigt. Trotz des starken, ideologisch begründeten Praxisbezugs der studentischen Ausbildung in der Vergangenheit - möglicherweise jedoch gerade wegen dieser Erfahrung - zögern viele Studenten, "aus den Klassenräumen herauszugehen, um soziale Aufgaben in den Winter- und Sommerferien zu erfüllen".

Anhand der Beispiele für die verschiedenen Sozialprogramme läßt sich deutlich erkennen, daß die gegenwärtigen Praxisanforderungen an die Studenten keinen Rückfall in kulturrevolutionäre Verhaltensweisen darstellen. Vielmehr wird mit den Programmen auf einen konkreten wirtschaftlich-gesellschaftlichen Zweck hingezielt. So wurden im Falle einer Kühlschranksfabrik in Shenyang Studenten aufgefordert, sich über technische Verbesserungen Gedanken zu machen. Die Kühlschranksfabrik

"stand vor dem Bankrott, weil ihre Erzeugnisse von geringer Qualität waren, aber sie überlebte, nachdem die Studenten von der Wissenschafts- und Technologieuniversität Beijing dazu beigetragen hatten, neue Techniken einzuführen".

Im Verlaufe verschiedener Umfragen bestätigten zahlreiche Studenten, daß "sich ihr Horizont erweitert hat, und daß sie reifer, unabhängiger, selbstbewußter und realistischer geworden sind". Während der Sommersemesterferien 1988 hatten insgesamt rd. 300.000 Studenten an solchen sozialen Arbeitsprogrammen teilgenommen. (XNA, 18.11.88) -ma-

***(18)
Zuwenig Richter**

Trotz verstärkter Bemühungen um die Ausbildung juristischen Fachpersonals während der letzten Jahre, "fehlt es China immer noch an qualifizierten Richtern". Dies war eine der Grundaussagen eines landesweiten Seminars der Chinesischen Gesellschaft für Recht vom November 1988. Insgesamt hat China z.Zt. rd. 70.000 Richter, "davon nur 3.000 Hohe Richter". Da das Land über insgesamt 3.400 Gerichte auf verschiedenen Ebenen verfügt, müßte die Zahl der Richter nach Ansicht von Mitgliedern des Höchsten Volksgerichtshofes zumindest verdoppelt werden. Zugleich habe sich die Gesetzesarbeit der Richter wesentlich erweitert. "Während des letzten Jahrzehnts wurden von der höchsten gesetzgebenden Instanz 110 neue Gesetze und Bestimmungen verabschiedet sowie 500 Verwaltungsbestimmungen und 900 örtliche Statuten." Zugleich sei die Zahl der Fälle, die vor Gericht verhandelt wurden, 1987 auf 1,85 Mio. gestiegen, "17% mehr als 1986". Die Zunahme der Gerichtstätigkeit ist vor allem auf den Anstieg von Verbrechen sowie auf "Fälle, die Ausländer betreffen und Spezialwissen verlangen", zurückzuführen. Dies "stellt eine Herausforderung für chinesische Richter dar". Nach Ansicht der Chinesischen Gesellschaft für Recht ist es unerlässlich, "die Erstellung eines Richtergesetzes zu beschleunigen und ein landesweites Netz zur Ausbildung qualifizierter Gerichtsbeamter und Hoher Richter zu schaffen". (XNA, 18.11.88) -ma-

*(19)
Verbrechensanstieg

Chinas höchster Staatsanwalt hat zu einer schärferen Bekämpfung der Kriminalität aufgerufen. Im Zeitraum Januar/September 1988 "haben die Straftaten einen großen Anstieg verzeichnet, und die Zahl für diesen Zeitraum lag bei erschütternden 128.300". Während einer nationalen Arbeitskonferenz für Staatsanwälte kam man zu dem Ergebnis, daß insbesondere "der Kampf gegen ernsthafte Verbrechen verstärkt werden" müsse, wobei "die Hauptanstrengungen auf Veruntreuung und Bestechung gerichtet werden" müßten.

Nach einzelnen Verbrechenarten getrennt, ist vor allem der Anstieg von Raubüberfällen und "anderen ernsthaften Verbrechen, die die soziale Sicherheit gefährden", besonders alarmierend gewesen. Zu letzteren Verbrechen zählen vor allem "Vergewaltigung, Betrug, Bandenbildung und bewußte Beschädigung öffentlichen und privaten Eigentums". Zwar seien öffentliche Unruhen und illegale Ansammlungen 1988 "ausnahmslos erfolgreich niedergehalten" worden, aber "es existieren immer noch Faktoren, die für die öffentliche Sicherheit abträglich sind". Gemeint ist vor allem der zunehmende Vandalismus. Seit 1983 "sind 300.000 kriminelle Banden aufgelöst und 800.000 Mitglieder im ganzen Land bestraft worden". (XNA, 14.11.88) -ma-

*(20)
Konferenzflut

Nach einem Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua vom 24. November 1988 hat "die ständig steigende Zahl von Menschen, die durch das ganze Land zu Konferenzen reisen, zu der Belastung der bereits überbelasteten chinesischen Eisenbahn beigetragen". Aufgrund der "Konferenzsucht" sei es zu "ernsthaften Unannehmlichkeiten für normale Passagiere" gekommen. "Nationale Großkonferenzen, die an landschaftlich schönen Orten und Plätzen stattfinden, sind in letzter Zeit ständig angestiegen." Als Beispiel werden die Städte Zhengzhou, Shanghai, Jinan und Liuzhou genannt, in denen allein in den Monaten Oktober und November 1988 22 Großkonferenzen stattfanden, davon sieben mit über 10.000 Teilneh-

mern. Aufgrund der erwähnten Konferenzen mußte "der Verkauf von Fahrkarten an normale Reisende eingestellt werden, um die Konferenzdelegierten befördern zu können". (SWB, 30.11.88) -ma-

*(21)
Neues Postleitzahlensystem

"Sieben von zehn chinesischen Postkunden benutzen gegenwärtig den Postleitzahlencode für ihre Post." Der neue Leitzahlencode ist der zweite Code, der in China verwandt wird. Der erste Code war 1980 eingeführt worden, mußte jedoch nach kurzer Zeit aufgegeben werden, "weil die Bedingungen damals nicht reif waren". Nach Aussagen des Ministeriums für Post und Fernmeldewesen ist aufgrund der weiten Verbreitung des Postleitzahlensystems die Abfertigung von Briefen wesentlich beschleunigt worden. Eine solche Beschleunigung ermöglichte es, die Postverkehrszeiten trotz eines Geschäftsanstiegs von 9-10% im Jahresdurchschnitt während des letzten Jahrzehnts zu verkürzen. Der Briefverkehr ist für China vor allem im innerstädtischen Verkehr von besonderer Bedeutung. In einigen der großen Städte wird ein Volumen von bis zu 4 Mio. Briefen pro Tag erreicht. Dies ist vor allem auf das unterentwickelte Fernsprechsprechsystem zurückzuführen. (XNA, 17.11.88) -ma-

*(22)
Jagd auf seltene Tiere

"Die Jagd auf seltene Tiere einschließlich einiger Arten, die kurz vor dem Aussterben stehen, ist in einigen Provinzen weit verbreitet." Zu den Tieren, die von der illegalen Jagd vor allem betroffen sind, "gehören Großpandas, Tiger, Leoparden, Krokodile, Moschustiere, Rotkronkraniche und Schwäne - alle unter speziellem Staatsschutz". Besonders beklagt wird, daß in der Inneren Mongolei sogar "Grenzwachern und örtliche Bewohner... von Motorfahrzeugen aus jagen". In der Provinz Jiangxi sind im letzten Jahr drei Tiger und 25 Leoparden getötet worden. Eine wesentliche Ursache für die Zunahme der illegalen Jagd liege darin, daß "einige Außenhandelsabteilungen wilde Tiere kaufen". Darüber hinaus hätte die "Eröffnung von zahlreichen Restaurants, die seltene Speisen aus seltenen Zugaben anbieten", einen wesentlichen Einfluß gehabt. So bieten z.B. in Guilin, der Touristenstadt der

Autonomen Region Guangxi, 53 von 200 Restaurants Wildspeisen an. Innerhalb der ersten sechs Monate 1988 sind in diesen Restaurants 20.000 kg an Pangolin- und Riesensalamanderfleisch verzehrt worden. Staatliche Maßnahmen gegen die illegale Jagd haben sich bisher als wenig hilfreich erwiesen. "Bereits 1983 verfaßte der Staatsrat, das höchste Regierungsorgan in China, ein Rundschreiben zum Schutz der seltenen Tiere des Landes, ohne große Wirkung." Anfang November wurde während der 4. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses "ein Gesetz zum Schutz des Wildlebens einstimmig angenommen". Es tritt zum 1. März 1989 in Kraft. "Das Gesetz verbietet das Fangen, Töten oder andere Tätigkeiten, die für die Erhaltung wildlebender Tiere unter nationalem Schutz schädlich sind. Der Handel mit solchen wildlebenden Tieren ist ebenfalls verboten." Es bleibt fraglich, ob das Gesetz wirkungsvoller sein wird als das 1983 veröffentlichte Rundschreiben des Staatsrats. (XNA, 9.11.88; 10.11.88) -ma-

Kultur

*(23)
Beratungszentrum für zurückgekehrte Auslandsstudenten eingerichtet

Eins der von Li Tieying, dem Leiter der Staatlichen Erziehungskommission, im letzten Monat angekündigten Beratungszentren für in die Heimat zurückgekehrte Auslandsstudenten (vgl. C.a., 1988/10, Ü 18) hat bereits die Arbeit aufgenommen. Einem Bericht der *Volkszeitung* zufolge ist die Hauptaufgabe des Beratungszentrums, den Heimkehrern bei der Suche nach angemessenen Arbeitsplätzen zu helfen. Außerdem werde es für Studenten, die ins Ausland gehen, in den Ferien heimkommen oder nach Abschluß ihres Auslandsstudiums zurückkehren, Verpflegung und Unterkünfte sowie Transportmöglichkeiten bereitstellen. Das von der Staatlichen Erziehungskommission unterstützte Zentrum mit dem Status einer Rechtsperson werde auch bei der Beschaffung von Pässen und Visen behilflich sein. Langfristig soll es die Beschäftigungsmöglichkeiten für zurückgekehrte Auslandsstudenten ausweiten und versuchen, ihnen bereits vor der Heimkehr einen Arbeitsplatz zu verschaffen (RMRB, 12.11.88). -cre-